

Jetzt fährt Mitte-links Alexandre Schmidt an den Karren

Bern Die Mitte-links-Parteien GB, SP, GFL und GLP kritisieren die Wohnbaupolitik des freisinnigen Berner Finanzdirektors Alexandre Schmidt. Er hintertreibe diesen mit einer «Verhinderungs- und Verzögerungstaktik».

Von Christoph Hämmerli 25.02.2015

Stichworte

Alexandre Schmidt

Beim Warmbächli bald Klarheit

Seit über zwei Jahren brüten und verhandeln die Stadtbehörden sowie Vertreter des gemeinnützigen Wohnbaus über Musterverträge, die zwischen ihnen gelten sollen. Vor Monatsfrist erweckte die Antwort des Gemeinderats auf einen Vorstoss der SP den Eindruck, als läge nun eine definitive Version vor.

Dem stimmt Jürg Sollberger, Präsident des Regionalverbands Bern-Solothurn der Schweizer Wohnbaugenossenschaften, insofern zu, dass nun die Berechnungsparameter für den gemeinnützigen Landwert sowie die Vermietungsgrundsätze klar sind. «Damit ist aus unserer Sicht der Mustervertrag auf der Zielgeraden.»

Nach Sollbergers Informationen wird die Betriebskommission des städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik den Vertrag demnächst im Rahmen der Beschlüsse zum Warmbächli erstmals umsetzen. Sobald es so weit ist, bedeutet dies auch das Ende des langen Wartens der verschiedenen Genossenschaften, die für das Areal der ehemaligen Kehrichtverbrennungsanlage Ambitionen angemeldet haben. Nach der Sanierung des Geländes sollen dort 250 Wohnungen entstehen.

«Zusammen mit den Baurechtsbedingungen wird nun die Stadt auch die übrigen Konditionen für das Warmbächli definieren müssen», sagt Sollberger. Dabei sei die Frage, wer zu welchen Teilen die Infrastrukturkosten übernehme, «nach wie vor die grosse Unbekannte».

Klar sei nur, dass diese Kosten unter anderem wegen der neuen Buswendeschleife, der notwendigen Verlegung des Stadtbachs oder des Baus neuer Trottoirs und Veloverbindungen sowie der Gestaltung des Quartierhofs «sehr hoch» ausfallen würden.

Bis zum kommenden Sommer sollte laut Sollberger vom Verband der Wohnbaugenossenschaften klar sein, wie

1 | 3 Zum Beispiel Warmbächli: Die Planung für das Areal der ehemaligen Kehrichtverbrennungsanlage gehört zu den Dossiers, für die Gemeinderat Schmidt kritisiert wird. Laut dem Verband der Wohnbaugenossenschaften stehen nun aber entscheidende Monate an. Bild: Beat Mathys (3 Bilder)



Regelmässig kritisiert Berns Parlament Gemeinderat **Alexandre Schmidt** (FDP) für die städtische Wohnbaupolitik. Letztes Beispiel war die alte Feuerwehrraserne, wo Schmidt versucht hatte, das Parlament auszutricksen. Seither mehren sich die Stimmen, die dem Finanzdirektor, seiner Abteilung Immobilien Stadt Bern (ISB) sowie dem von ihm präsierten Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik bösen Willen unterstellen.

So sagt Daniel Klausner, Fraktionschef GFL/EVP: «Alexandre Schmidt und ISB versuchen mit einer Verhinderungs- und Verzögerungstaktik eine Politik durchzusetzen, die den Anliegen der politischen Mehrheit zuwiderläuft.» Bei vielen Projekten, die irgendwo klemmten, unterstelle er Schmidt «böse Absicht», sagt Klausner.

In einem Punkt sind sich die Kritiker einig: Es harzen insbesondere jene Projekte, bei denen mindestens ein Drittel von gemeinnützigen Wohnbauträgern realisiert werden soll – wie dies die letztes Jahr angenommene Wohninitiative vorgibt.

Baustelle Schnittstellen

Auch Stéphanie Penher, Präsidentin des Grünen Bündnisses, kritisiert Schmidt unverblümt: «Der Finanzdirektor führt den politischen Auftrag nicht aus, den ihm das Parlament, die wichtig angenommene Wohninitiative sowie die Legislaturziele des Gemeinderats vorgeben.» SP-Co-Präsident Stefan Jordi haut in die gleiche Kerbe und wundert sich über Schmidts kürzliche Aussage, dass in der Wohnbaupolitik «unterschiedliche Akteure an unterschiedlichen Stricken in unterschiedliche Richtungen» zögen. «Das ist eine erstaunliche Haltung eines Gemeinderats, der ganz klare Vorgaben hat», moniert Jordi. In fast identischen Worten kritisieren Jordi und Penher den Finanzdirektor auch dafür, dass er

«ständig mutwillig gemeinnützigen mit subventioniertem Wohnbau verwechselt».

Für Penher haben die Probleme zudem strukturelle Gründe, für die sie niemanden verantwortlich machen will. «Die Stadtbauten wurden erst letztes Jahr in die Verwaltung zurückgeführt, und ebenso neu verfügt Bern wieder über einen Stadtbaumeister», sagt sie. «Da braucht es noch Arbeit an den Schnittstellen, insbesondere bei Wettbewerbsverfahren.» Auch SPler Jordi fände es «blauäugig, Schnittstellenprobleme abzustreiten». Allerdings seien bei den Projekten Mutachstrasse, Warmbächli und Burgernziel die Planungsgrundlagen geklärt. «Da geht es nicht um Schnittstellenprobleme, sondern um eine saubere Auftragsausführung.»

Baustelle Tschäppät?

Nebst den RGM-Parteien kritisieren die Grünliberalen die städtische Wohnbaupolitik. Man dürfe aber nicht Schmidt allein verantwortlich machen, findet GLP-Co-Fraktionschefin Sandra Ryser. «Womöglich ist er nicht sehr kooperativ, aber dann muss der Gemeinderat halt intervenieren.» Ebenso müsse der ganze Gemeinderat dafür sorgen, dass die vorgegebene Strategie tatsächlich umgesetzt werde.

Wie Ryser sieht Klausener von der GFL nicht nur Schmidt, der in der Pflicht steht. «Vielleicht müsste die rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat mehr Druck auf Schmidt und ISB machen, damit es vorwärtsgeht», sagt er und fügt an: «Leider setzt Schmidt dem Vernehmen nach auch Beschlüsse des Gemeinderats nicht oder nur mit Verzögerung um.»

Die Betriebskommission des Bodenfonds sei wie der Gemeinderat RGM-dominiert, sagte FDP-Fraktionschef Bernhard Eicher vor vier Wochen im Parlament – die Kritik an Schmidt ziele deshalb daneben.

Die Federführung der Geschäfte liege bei Schmidt und ISB, entgegnen die Kritiker, und die Stärkeverhältnisse im Fonds seien weniger eindeutig als von Eicher dargestellt. Tatsache ist: Von dreizehn Sitzen in der Betriebskommission sind vier von RGM-Vertretern besetzt, zwei weitere von den Gemeinderätinnen Franziska Teuscher (GB) und Ursula Wyss (SP). Das sind erst sechs von dreizehn Stimmen, doch mit Stadtbaumeister Thomas Pfluger und Stadtplaner Mark Werren – beide aus der Direktion von Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) – ist man bei acht Stimmen. «Der Stapi muss seine Führungsrolle gegenüber seinen beiden Chefbeamten stärker wahrnehmen», folgert die Grünliberale Ryser.

Doch der gemeinnützige Wohnbau ist nicht das Dossier, für das Tschäppät Herzblut vergiesst – es heisst, er sei gegen die Lancierung der rot-grünen Wohninitiative gewesen. SP-Präsident Jordi tut dies zwar als «Unterstellung» ab, doch gibt es selbst innerhalb seiner Partei Stimmen, die – ohne sich zitieren lassen zu wollen – dem Stapi bei diesem Thema fehlendes Engagement vorwerfen.

Schmidt verteidigt sich

Finanzdirektor Schmidt nahm gestern schriftlich zu den Vorwürfen Stellung. Auch nach Annahme der Wohninitiative sei leider nicht einfach alles klar, schreibt er. So kläre die Initiative weder die richtige Baurechtszinshöhe noch das Vorgehen bei Baurechtsvergaben. Man könne deshalb nicht subito Lösungen aus der Schublade ziehen. «Ich bin gewählt, um fundierte Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.»

Beim Burgernziel (siehe Zweittext oben) hätten Betriebskommission und Gemeinderat das Vorgehen «in aller Transparenz und nach Diskussion» beschlossen, so Schmidt. «Die Personalisierung der Vorwürfe greift völlig ins Leere.» (Berner Zeitung)

(Erstellt: 25.02.2015, 06:26 Uhr)

hoch der Anteil an der Warmbächli-Überbauung ist, den die Genossenschaften finanzieren können. Was die Verhandlungen mit der Stadt angeht, ist er zuversichtlich: «Ich habe das Gefühl, dass der Gemeinderat nun ernsthaft willens ist, im Warmbächli den Gemeinnützigen eine realistische Chance zu geben.» **hae**

Artikel zum Thema

«Eine Schlaumeierei» beim Burgernziel



Bern Beim alten Tramdepot Burgernziel sollen nur halb so viele Genossenschaftswohnungen entstehen wie bisher geplant. «Eine klare Missachtung des Volkswillens», kritisiert GFL-Stadtrat Lukas Gutzwiller. **Mehr...**
Von Christoph Hämman 25.02.2015

Wohnungsbestand in Bern weiterhin steigend

Bern Der Wohnungsbestand in der Stadt Bern hat 2014 um 355 Wohnungen zugenommen. Der Zuwachs liegt damit leicht über dem Wert von 2013. **Mehr...**
24.02.2015

Das Warmbächli zieht Genossenschaften an

Bern Die 250 Wohnungen, die am Berner Warmbächliweg entstehen sollen, müssen zur Hälfte von gemeinnützigen Wohnbauträgern gebaut werden. Geht es nach den interessierten Genossenschaften, werden es noch mehr. **Mehr...**
Von Christoph Hämman 13.02.2014